

<p>Änderungsantrag Aktueller Initiator: Fraktion der SPD Matischok-Yesilcimen Fraktion Bündnis90/Die Grünen Briest Urbatsch Bertermann Fraktion der CDU Reschke Fraktion Die Linke Urchs Fraktion der Piraten Freitag</p> <p>Ursprungsdrucksachenart: Antrag, Ursprungsinitiator: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Briest Urbatsch Bertermann Fraktion der CDU Reschke Fraktion der SPD Matischok Fraktion der Piraten Freitag</p>	<p>Drucksachen-Nr: 1618/IV</p> <p>Ursprungs-Datum: 09.09.2014</p> <p>Aktuelles Datum: 14.10.2014</p>												
<p>Jugendverkehrsschule Bremer Straße 10 hier: Bürgerinformations - und Dialogveranstaltung und weiteres Verfahren</p>													
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th><i>Datum</i></th> <th><i>Gremium</i></th> <th><i>Sitzung</i></th> <th><i>Ergebnis</i></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>18.09.2014</td> <td>BVV Mitte</td> <td>BVV-M/0032/IV</td> <td>vertagt</td> </tr> <tr> <td>16.10.2014</td> <td>BVV Mitte</td> <td>BVV-M/0033/IV</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Ergebnis</i>	18.09.2014	BVV Mitte	BVV-M/0032/IV	vertagt	16.10.2014	BVV Mitte	BVV-M/0033/IV	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Ergebnis</i>										
18.09.2014	BVV Mitte	BVV-M/0032/IV	vertagt										
16.10.2014	BVV Mitte	BVV-M/0033/IV											

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, zur geplanten Aufgabe des Jugendverkehrsschulstandortes Bremer Straße 10 und dem aktuellen Konzept zur Bebauung der Fläche – unter Beteiligung mindestens der politisch Verantwortlichen der Bezirksamtsbereiche Stadtentwicklung und Jugend/Schule - eine Informations- und Dialogveranstaltung für die BürgerInnen durchzuführen, in der die Hintergründe für die Entscheidung zur Standortaufgabe und die bestehenden Neuplanungen dargestellt werden.

Durch den Bürgerdialog sollen die BürgerInnen umfassend über die Planungen auf einem Niveau informiert werden, das auch für Fachfremde verständlich ist. Dabei sollen gleichwertig sowohl die geplante Bebauung als auch die Hintergründe für die geplante Standortaufgabe und die organisatorischen sowie finanziellen Konsequenzen beim Erhalt des Standortes als Jugendverkehrsschule durch das Bezirksamt dargestellt werden. Des Weiteren sollen die JVS-BefürworterInnen die Möglichkeit bekommen ihre Argumente für den Erhalt der Jugendverkehrsschule darzustellen und zu begründen. Im Anschluss soll eine ergebnisoffene Diskussion stattfinden, die es den TeilnehmerInnen ermöglicht, sowohl Anregungen, Bedenken und Stellungnahmen zu äußern als auch grundsätzlich die Umsetzung der Pläne in Frage zu stellen und Alternativvorschläge zu erarbeiten.

Die Anregungen, Bedenken, Stellungnahmen und Alternativvorschläge sollen protokolliert und der BVV umgehend zur Kenntnis gegeben werden. Im Rahmen dieser Kenntnissgabe soll das Bezirksamt darüber hinaus darstellen, welche Anregungen, Bedenken, Stellungnahmen und Alternativvorschläge in die weiteren Planungen einfließen sollen und welche warum nicht umgesetzt werden. Die Vorlage soll auf der Homepage des Bezirksamts veröffentlicht werden.

Die Veranstaltung soll in der Nähe des Grundstückes Bremer Straße 10 stattfinden. Dabei soll - neben einer presseöffentlichen Bekanntmachung - eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet, dass diese Kenntnis von der Veranstaltung erlangen. Hierfür soll u. a. die Zusammenarbeit mit der Stadtteilvertretung Turmstraße genutzt werden.

Die BVV ist vorab zu informieren und bei der Terminsetzung sind mindestens die Sitzungstermine der BVV und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne zu berücksichtigen. Sowohl die Bürgerdialogveranstaltung, als auch die anschließende Dokumentation der Ergebnisse gegenüber der BVV sollen zu einem Zeitpunkt vor einer Vorlage zur Beschlussfassung des Bezirksamtes zur Aufgabe des Standortes der Jugendverkehrsschule Bremer Straße 10 erfolgen.

Begründung:

Im Juni 2008 hat die BVV beschlossen, dass im Bezirk Mitte die Bürgerbeteiligung in Sanierungsgebieten weiterhin auf Grundlage der ehemaligen „Ausführungsvorschriften des Landes Berlin zum Besonderen Städtebaurecht §§ 136-171 des Baugesetzbuches (BauGB), Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen (AV BauGB - San), Abschnitt: Beteiligung und Mitwirkung von Betroffenen“, erfolgen soll. Hier heißt es u. a.: „Die Betroffenenvertretung ist unter Beachtung des Datenschutzes über die wesentlichen Vorgänge der Planung und Durchführung der Sanierung frühzeitig durch Berlin oder deren Beauftragte zu unterrichten. Sie wirkt mit bei dem Informationsaustausch zwischen den Betroffenen und den an der Sanierung Beteiligten. Berlin nimmt die Anregungen der Betroffenenvertretung entgegen und prüft diese. Das Ergebnis wird der Betroffenenvertretung mitgeteilt.“

Das Bezirksamt Mitte hatte bereits vor einem Jahr im Rahmen des Konsolidierungskonzeptes Mitte beschlossen, den Standort Bremer Straße 10 als Jugendverkehrsschule aufzugeben und dies im Rahmen des Halbjahresbericht 2013 dem Senat im September 2013 mitgeteilt. Weder im Vorfeld dieser Entscheidung noch danach erfolgte eine wirkliche Einbeziehung der Betroffenenvertretung Turmstraße.

Nachdem nun vor ca. 2 Monaten der Betroffenenvertretung Turmstraße und Bürgerschaft des Kiezes informell über andere Kanäle die Informationen (Standortaufgabe & Neubauplanungskonzept) zugegangen sind, besteht ersichtlich ein großer Informations- und Diskussionsbedarf im Kiez.

Daher soll in einem öffentlicher Diskurs den BürgerInnen die bestehenden Planungen zur Aufgabe des Standortes als Jugendverkehrsschule und den bestehenden Neubauplanungen dargestellt und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinungen in das Verfahren einzubringen.

Ergebnis

- beschlossen
- beschlossen mit Änderung
- abgelehnt / i.d. Sache erl.
- zurückgezogen
- überwiesen in den _____

_____ (federführend)